DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Landesverband Sachsen

www.dstg-sachsen.de 17.10.2012

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Sachsen

Offener Brief
der

Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen
(DSTG Sachsen)

an
den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen,
Herrn Stanislaw Tillich,

zur Rede
auf der Tagung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages
am 11.10.2012 in Oschatz

Sehr geehrter Herr Tillich,

in der Leipziger Volkszeitung vom 12.10.2012 werden Sie von der Tagung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages u. a. mit folgender Aussage zitiert:
„Wenn mir ein Bäckermeister erzählt, dass bei ihm Finanzkontrolleure auftauchen um zu prüfen, ob das Milchkaffee ist oder Kaffee mit Milch, dann ist das Gesetz nicht in Ordnung, und dann haben wir immer noch zu viel Personal."
Auch unterstrichen Sie im Folgenden, dass Sie am Abbauplan auf 70.000 Landesbedienstete festhalten wollen, „denn jeder Mitarbeiter mehr sucht nach der Begründung."

Es mag sicher sein, dass diese populistischen Aussagen in Oschatz gut ankamen, doch unsere Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung, besonders diejenigen im Außendienst, empfinden diese Aussagen ihres obersten Dienstherren als Geringschätzung ihrer Arbeit für den Freistaat Sachsen.

Wir stimmen mit Ihnen überein, dass die Gesetze in Teilen nicht in Ordnung sind. Doch für schlechte Gesetze sind nicht die Beschäftigten verantwortlich, sondern die Legislative.
Erinnert sei hierbei an ein Zitat von Otto Fürst von Bismarck: „Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts."

Nicht zustimmen können wir hingegen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen im Außendienst bei den Unternehmern einfach als Finanzkontrolleure auftauchen. Sie gehen stattdessen mit viel Augenmaß an ihre Tätigkeit heran und haben dafür einen Prüfungsauftrag. Besonders die Steuerverwaltung wird immer wieder als sehr effizient arbeitende Behörde gewürdigt. Transparenz durch den Leistungsvergleich der Finanzämter in Sachsen, aber auch über die Ländergrenzen von Sachsen hinweg, ist dabei seit Jahren angezeigt.

Nicht vergessen werden darf auch, dass insbesondere die Außendienst-Mitarbeiter nach wie vor darauf warten, dass sie eine entsprechende Entschädigung für den Einsatz ihrer Privatkraftfahrzeuge für die Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben im Interesse des Freistaates Sachsen erhalten, denn eine Erhöhung der Wegstreckenentschädigung fand – trotz oftmaliger Zusicherung – immer noch nicht statt.

Wenn dann neben der weiterhin gestrichenen Sonderzahlung noch diese auf der Tagung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages öffentlich gemachte Geringschätzung ihrer Arbeit hinzukommt, dann empfinden das die Kolleginnen und Kollegen schlicht und ergreifend als Schlag ins Gesicht!

Es ist auch insgesamt eine Geringschätzung der Arbeit des öffentlichen Dienstes in Sachsen, wenn auf diese populistische Art und Weise versucht wird, Punkte zu sammeln. Die Folgen haben unsere Kolleginnen und Kollegen, im Innen- wie im Außendienst, schon oft genug zu spüren bekommen – verbal und körperlich. Und das darf nicht sein!

Als Fachgewerkschaft für die Bediensteten in der Finanzverwaltung kann die DSTG Sachsen die jetzige Situation nicht hinnehmen.

Unsere Forderungen lauten daher:
- Keine Missachtung, sondern Rückendeckung vom Dienstherrn für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen!
- Zuerst eine Aufgabenkritik und daraus abgeleitet ein Personalentwicklungskonzept bis 2020 und darüber hinaus! Bloßes Beharren auf einem Stellenabbau und darüber hinaus keine Konzepte, sondern nur eine Verweigerungshaltung, so zum Beispiel beim Abschluss eines Demografie-Tarifvertrages, führen nicht zum Ziel.

Sonst fährt der öffentliche Dienst in Sachsen gegen die Wand!

Auch sei an dieser Stelle noch einmal deutlich daran erinnert, was der Rechnungshof von Baden-Württemberg 2002 und der Bayerische Oberste Rechnungshof 2012 festgestellt haben: Die Steuerverwaltung ist die Einnahmeverwaltung. Wer an ihr spart, schränkt sich bei der Gestaltung in anderen Politikfeldern ein. Gleiches ist auch den ersten Stellungnahmen aus der Politik zu den Feststellungen des Sächsischen Rechnungshofes in seinem Bericht von 2012 zu entnehmen. Und Sachsen ist im Länderfinanzausgleich ein Nehmerland!

Für Gespräche zu diesem Thema und zu der allgemeinen Frage, wie der öffentliche Dienst – insbesondere in der Finanzverwaltung – auch in der Zukunft attraktiv, leistungsstark, modern und bürgernah sein kann, steht Ihnen die DSTG Sachsen jederzeit gerne zur Verfügung.

Bis dahin verbleiben wir
mit freundlichen Grüßen

Reinhold Mähne

Reinhold Mähne

Landesvorsitzender
der DSTG Sachsen

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Sachsen